Das „Hamburger Echo“ erscheint täglich zweimal, Sonntags u. nach Feiertagen nur einmal. Bezugspreis: wöchentl. 6,50 ℳ, monatl. 28,— ℳ, vorauszahlbar frei ins Haus.
Nur Abholer 24,— ℳ.
Redaktion: Fehlandstraße 11, 1. Stock.
Verantwortlicher Redakteur: Johannes Reitze, Hamburg
Expedition: Fehlandstraße 11, Erdgeschoß.
Buchhandlung: Erdgeschoß.
Buchdruckerei-Kontor: Fehlandstraße 11, 1. Stock.

Einzelnummer morgens 50 ℳ, abends sowie Sonn- und Festtags 70 ℳ.

Hamburger Echo

Anzeigen die elfgespaltene Petitzeile 6,50 ℳ, unter Ausschluß der „Geschäftlichen Rundschau“.
Arbeitsmarkt u. Familienanzeigen 3,50 ℳ.
Kleine Anzeigen bis 9 Zeilen die Zeile 3,75 ℳ.
Anzeigen-Annahme Fehlandstraße 11 im Erdgeschoß (bis 7 Uhr abends für den folgenden Tag), in den Filialen (bis 5 Uhr) und in allen Annoncen-Bureaus.
Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Nr. 103. Donnerstag, den 2. März 1922 — Morgen-Ausgabe. 36. Jahrgang.

Die Hamburger Bürgerschaft über die Reichs-Außenhandelsstellen.

Hamburger Bürgerschaft.

Die Vorstandswahl als Preisrätsel. — Neue Professuren. — Grundsätzliche Bodenpolitik. — Pressestelle. — Reichsaußenhandelsstelle.

Alljährlich hat sich die Bürgerschaft ihren Vorstand neu zu wählen. Die Wahl des Präsidenten, unseres bewährten Genossen Roß, wurde in großer Einmütigkeit vollzogen, wofür Genosse Roß in warmen mit Humor gewürzten Worten dankte. Ebenso reibungslos wurden die beiden Vizepräsidentenstellen mit den bisherigen Inhabern, dem Volksparteiler Dr. Mantius und dem Demokraten Blinckmann, besetzt. Das Ergebnis der Wahl der vier Schriftführer ist aber das reine Preisrätsel. Die Volkspartei stand auf dem Standpunkt, daß ein Kommunist und besonders Urbahns nicht ins Präsidium gehöre, und hatte deshalb den Senior des Hauses, Schumacher, vorgeschlagen, so daß fünf Vorschläge vorlagen. Die sozialdemokratische Fraktion hatte aus naheliegenden Gründen erklärt, daß sie ihre Stimme nicht dem tapferen Beobachter Dr. Kuno Ridderhoff geben würde. Die kleine Koalition — Hakenkreuz- und Sowjetsternträger — dagegen hatten sich zur gegenseitigen Wahl ihrer Kandidaten verpflichtet. Die Abmachungen der Volkspartei und der Deutschnationalen untereinander sind nicht bekannt, aber so viel ist sicher: gehalten sind sie nicht worden. Die Situation war also ziemlich verworren. Nun kam die Ueberraschung. Die Genossen Frings und Huk wurden mit etwa der gleichen Stimmenzahl wie die Präsidenten gewählt; Schumacher und Urbahns erhielten je 63 Stimmen, Ridderhoff nur 23 Stimmen! Wie hat nun das hohe Haus gewählt? Von den Volksparteilern ist offenbar geschlossen für Schumacher gestimmt worden, ebenso von den Demokraten, die restlichen Stimmen müssen aus andern Fraktionen gekommen sein. Für Urbahns stimmten auch unsere Genossen und für Ridderhoff offenbar nur die kleine Koalition. So kam es, daß Ritter Kuno mit freundlicher Unterstützung der Volkspartei — die ob dieses „Sieges“ offenbar nicht froh ist — glatt in den Sand gesetzt wurde. Der tapfere Mann hatte das kommen sehen; er sah der Gefahr aber nicht mutig ins Auge, sondern packte seine Mappe und verließ vor Bekanntgabe des Ergebnisses seinen Beobachtungsposten als rechter Flügelmann des Präsidiums. Bei den Mannen des so Geschlagenen herrschte große Ratlosigkeit, und man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß die Sache noch zu einigen Erörterungen Anlaß geben wird.

Der weitere Ausbau der Hamburgischen Universität wird tatkräftig betrieben. Zwei neue Professuren — für Nationalökonomie und neuere Geschichte — sollen auf Antrag des Senats geschaffen werden. Genosse Ballerstaedt nahm die Gelegenheit wahr, um Wünsche vorzutragen, die besonders auf die Schaffung eines Lehrstuhls für soziale Organisation gerichtet sind. Damit sollen Gebiete erfaßt werden, die bisher wenig berücksichtigt und doch in jetziger Zeit ein wesentlicher Faktor des Wirtschaftslebens sind, nämlich Gewerkschafts- und Genossenschaftsbewegung und die wirtschaftlichen Einrichtungen wie Betriebsräte usw. — Wurden bei verschiedenen Punkten Wünsche geäußert, so waren die Bedenken aller Fraktionen bei der Nachbewilligung für einen Kaischuppen so groß, daß die Angelegenheit einstimmig einem Ausschuß überwiesen wurde. Einige vorläufige Berichte des Haushaltsausschusses wurden genehmigt; noch nicht reif scheint der Antrag auf Zusammenlegung der Leihämter mit dem Gerichtsvollzieheramt zu sein; er wurde zurückgezogen, nicht ohne einige Bemerkungen über die Tonart, in der die beteiligten Beamten sich zu der Angelegenheit zu äußern glauben mußten. — Ein sehr notwendiger Antrag wurde aus Anlaß mehrerer Anträge auf Staatsgrund-Verkauf bezw. Austausch von der sozialdemokratischen Fraktion eingebracht und vom Haus angenommen. In Zukunft wird also ein Ausschuß alle vorliegenden Anträge zu prüfen haben, was im Interesse einer grundsätzlichen Bodenpolitik sehr zu begrüßen ist.

Damit sie nicht nach der großen Wirtschaftsdebatte unerledigt blieb, wurde die zweite Lesung des Antrages auf Einrichtung einer staatlichen Pressestelle vorweggenommen. Die Deutschnationalen zogen ihr hartnäckigstes Pferd, den A. M. Jacobsen, aus dem Stall, der aber eigentlich nur redete, um die Hand über ein befreundetes Blatt in Kiel zu halten. Der Demokrat Platen, der mit einer Bemerkung in der vorigen Sitzung den Anlaß gegeben hatte, diente dem Herrn aber mit Beweisen von durchschlagender Kraft. Herr Rose von der Volkspartei hatte die Aufgabe, das Einschwenken seiner Fraktion plausibel zu machen und erntete dabei das Lob des Genossen Perner, der ihm sagte, daß, wenn er und seine Freunde schon in der vorigen Sitzung so vernünftig gewesen wären wie heute, eine zweite Lesung gar nicht nötig gewesen sei. Einem volksparteilichen Antrag, der der Pressestelle größere Mittel zuwenden will, wurde zugestimmt und darauf der Senatsantrag endgültig angenommen; nur die Rechts- und Linksbolschewisten stimmten dagegen.

In später Stunde ging es an die Beratung des demokratischen Antrages, betreffend die Reichsaußenhandelsstellen. Daß bei diesen Stellen vieles abänderungsbedürftig ist, ist keinem, der auch nur oberflächlich die Dinge verfolgte, verborgen geblieben, und besonders aus Kreisen aller solider Exporteure sind schwere Anklagen erhoben worden. Vom Standpunkt des Exporteurs begründete dann auch Herr Beit den demokratischen Antrag in epischer Breite. Der Senat Hamburgs, der sich der Bedeutung dieser Frage für die größte Hafenstadt Deutschlands wohl bewußt ist, hatte drei Vertreter entsandt, von denen Senator Dr. Stubmann, der Präses der Deputation für Handel, Schiffahrt und Gewerbe, zu Wort kam. Er schilderte zunächst die ganze Entstehung und Entwicklung der Außenhandelsstellen, um dann festzustellen, daß die Außenhandelskontrolle in der heutigen Form nicht nur für den Kaufmannsstand, sondern auch für die Behörden, ja sogar für die Valutaverhältnisse hemmend wirkt. In Hamburg findet die Reichsaußenhandelsstelle also wenig Freundschaft, das bewies besonders auch die Rede des Präsidenten der Handelskammer, Herrn Witthoefft, der mit reichhaltigem Material die Gründe seiner Gegnerschaft belegte. — Nach diesen Reden war es 11 Uhr geworden und das Haus vertagte die Weiterberatung auf nächsten Mittwoch.

*

10. Sitzung.

Mittwoch, 1. März, abends 6 Uhr.

Präsident Roß eröffnet die Sitzung mit der Mitteilung von neuen Eingängen des Senats und eines Antrags von Dr. Pardo (SD.) und Genossen, betreffend den Beschwerdeausschuß des Bezirkswohnungskommissars. (Die weiteren Mitteilungen gehen bei der Unruhe des Hauses verloren.)

Dann wird in die Tagesordnung eingetreten.

1. Entwurf einer Reichsschlichtungsordnung. Von Urbahns (K.) wird folgende Anfrage an den Senat gestellt: 1. Hat der Vertreter Hamburgs für den Entwurf gestimmt? 2. Hat der Senat seinen Vertreter angewiesen, dafür zu stimmen? 3. Wenn ja, ist dem Senat, der eine Mehrheit von Arbeitern und Angestellten vertritt, bekannt, daß diese und ihre Vertreter in den Organisationen gegen den Entwurf der Schlichtungsordnung Stellung genommen haben? 4. Was gedenkt der Senat zu tun, um dem Willen der Mehrheit der hamburgischen Bevölkerung auch bei der Reichsregierung Geltung zu verschaffen? — Senatsvertreter Vortragender Rat Felscher: Der Senat steht grundsätzlich auf dem Boden der Schlichtungsordnung. Dem Senat ist nicht bekannt, daß die Gesamtheit der Gewerkschaften sich gegen den Entwurf gewandt hat. Bei Fragen, die die Arbeitnehmerschaft angeht, wird der Senat Gutachten der gesetzmäßigen Vertretung der Arbeitnehmerschaft, des Arbeiterrats, einholen. — Die beantragte Besprechung wird abgelehnt. Damit ist die Anfrage erledigt.

Punkt 2 und 3, Wahlen, werden vorläufig ausgesetzt.

4. Mittel für das Gartenwesen. Die der 1. Sektion der Baudeputation zur Verfügung gestellten Mittel reichen insbesondere für Anlagen nicht aus. Der Senat beantragt die Nachbewilligung von insgesamt 68 000 ℳ. — Die Summe wird bewilligt.

5. Neue Professuren. Der Senat beantragt, daß an der hamburgischen Universität eine ordentliche Professur für Nationalökonomie und Finanzwissenschaft und eine für neuere Geschichte (Gehaltsgruppe XII) geschaffen wird. — Hommes (K.): Die Universität hat die Hoffnung, daß auf ihr ein Geist des Fortschritts herrschen werde, nicht erfüllt. Der vorliegende Antrag ist ein Monstrum; die hamburgische Universität, die nur durch den Willen der Arbeiterschaft geschaffen ist, sollte Lehrstühle für den wissenschaftlichen Sozialismus haben. Die neuen Professuren müssen von Marxisten besetzt werden, das ist für die Erziehung des Nachwuchses erforderlich. — Ballerstaedt (SD.): Anläßlich der Etatsberatung wird Gelegenheit sein, über den Geist der Hamburger Universität zu reden. Die Universitäten haben die Selbstverwaltung, darum kann die Bürgerschaft die Annahme des Senatsantrages nicht von der Erfüllung des Wunsches von Herrn Hommes abhängig machen. Die Gebiete, für die hier Professuren geschaffen werden sollen, haben in letzter Zeit sehr an Bedeutung gewonnen. Gerade in Hamburg ist eine Verbindung von Theorie und Praxis sehr glücklich geschaffen. Die Nationalökonomie als Lehrgebiet muß nach unserer Ansicht noch ausgebaut werden. So ist notwendig ein Lehrstuhl für soziale Organisation. Ich weise nur auf die Bedeutung des Genossenschaftswesens hin; auch die gewerkschaftliche Organisation bedarf der Durcharbeitung, ebenso wie das Gebiet des Betriebsrätegesetzes. Besonders an der Volkshochschule hat sich das Bedürfnis für ein solches Arbeitsgebiet dringend herausgestellt. Wir begrüßen aber diese neuen Einrichtungen und stimmen dem Senatsantrag zu. — Dr. Nagel (DVP.): Es fragt sich, ob wir die Männer für eine Professur für soziale Organisation haben. (Ballerstaedt [SD.] ruft: Die haben wir!) Das engverwandte Thema der Soziologie müßte auch berücksichtigt werden, eine neue Professur ist vielleicht nicht nötig. — Hommes (K.) spricht nochmals für Ablehnung des Senatsantrages. — Darauf wird der Senatsantrag angenommen.

6. Abstandnahme von der Enteignung der für das Versuchspumpwerk angemieteten Flächen in Curslack. Der Senat beantragt, daß der Beschluß, betr. Enteignung der für das Versuchspumpwerk angemieteten Flächen in Curslack aufzuheben ist und dafür einem Vergleich zuzustimmen. Zur Entfernung eines Betongrabens und der auf dem Gelände lagernden Rohre sollen 50 000 ℳ bewilligt werden. — Es wird so beschlossen.

7. Badeeinrichtungen in Cuxhaven. Der Senat beantragt, daß für Badeeinrichtungen in Cuxhaven ein Betrag von 250 000 ℳ bewilligt wird. — Dem Antrag wird zugestimmt.

8. Nachbewilligung für den Bau eines Kaischuppens. Der Senat beantragt, daß für den Bau des Kaischuppens 56 am Afrikakai die Summe von 30 Millionen Mark nachbewilligt wird. — Hammond-Norden (DVP.) und Genossen beantragen Ausschußprüfung. Es ist erstaunlich, daß, nachdem vor drei Monaten der Bau mit 36 Millionen veranschlagt ist, jetzt schon eine Nachforderung von 30 Millionen notwendig ist. Da ist ein Fehler im Kostenanschlag, der im Ausschuß geprüft werden muß. Im übrigen hätte das Ergebnis der Ausschreibung abgewartet werden müssen. — Brekelbaum (DNP.): Der Antrag muß im Ausschuß geprüft werden. Ich bitte um Annahme des Ausschußantrages. — Ellinger (SD.): Die Löhne sind seit Oktober um 50 % gestiegen. Noch mehr aber sind in der Zeit die Materialpreise gestiegen. Auch mir ist nicht klar, wie diese Nachforderung zustande kommt. Denn einige Posten verlangen Nachforderungen, die nicht auf die Erhöhung der Löhne und der Materialpreise zurückzuführen sind. Wir stimmen daher dem Ausschußantrage zu. — Dr. Stubmann (DDP.): Auch meine Fraktion stimmt dem Ausschußantrage zu. Sollte aber dadurch eine Verzögerung eintreten, so trifft die Behörden keine Schuld. — Darauf wird der Antrag einem Ausschuß überwiesen.

9. Grundstücksaustausch in Fuhlsbüttel. Der Senat beantragt, daß unter den Bedingungen des Vertrages die etwa 2980 Quadratmeter große Fläche Staatsgrund am Fuhlsbüttelerdamm an O. R. A. Morr zur Vereinigung mit seinem Grundstück in Fuhlsbüttel überlassen werde. — Leuteritz (SD.) und Genossen beantragen, den Antrag einem Ausschuß von 9 Mitgliedern zu überweisen, der den Namen erhält: „Ausschuß zur Prüfung von Anträgen auf Veränderung des Grundbesitzstandes des Staates“. — Leuteritz (SD.): Die Verkäufe und der Austausch von Staatsgrundflächen nehmen einen derartigen Umfang an, daß in der Bevölkerung die Frage auftaucht, ob das in diesem Umfange notwendig ist. Damit die Bürgerschaft die volle Verantwortung übernimmt, beantragen wir den Ausschuß. — Rühl (K.): Wir sind gegen den Verkauf von Staatsgrund, stimmen aber dem Ausschuß zu. — Darauf wird der Antrag Leuteritz angenommen.

10. Ueberlassung eines Staatsplatzes an den „Georg Buchecker-Wohnungen, e. V.“ Der Senat beantragt, daß unter den Bedingungen des Vertrages die Fläche Staatsgrund an der Ohlsdorferstraße und der zukünftigen Verlängerung der Bussestraße dem „Georg Buchecker-Wohnungen, e. V.“ zur Bebauung von mietefreien Wohnungen für arbeitsunfähige alte Leute überlassen werde. — Dr. Sieveking (DVP.): Es darf nur die Baupflegekommission den Bau begutachten. Es darf nicht auch noch die Baudeputation diese Tätigkeit ausüben. Ich hoffe, daß der Vertrag dahin geändert wird. — Darauf wird dem Antrage zugestimmt.

11. Verkauf von Staatsgrundflächen an der Feuerbergstraße in Ohlsdorf. Der Senat beantragt, daß unter den Bedingungen der Verträge die dort näherbezeichneten Flächen Staatsgrund an der Feuerbergstraße 5 Personen käuflich überlassen werden. — Leuteritz (SD.) und Genossen beantragen Verweisung an den Ausschuß zur Prüfung von Grundstücksveränderungen. — Es wird gemäß dem Antrage Leuteritz beschlossen.

12. Angliederung der Lombardverwaltung an das Gerichtsvollzieheramt. Der Ausschuß zur Prüfung des Staatshaushaltsplanes erstattet seinen ersten Bericht und stellt folgenden Antrag: Die Bürgerschaft ersucht den Senat, die am 1. April freiwerdende Stellung eines Leihhausdirektors einstweilen nicht wieder zu ersetzen und in Erwägung zu ziehen, ob nicht die Verwaltung der Leihhäuser dem Gerichtsvollzieheramt zu übertragen ist.

13. Bericht des Staatshaushaltsausschusses über Nachbewilligungen. Der Ausschuß beantragt, daß für die Barkassen des Hafenarztes 64 300 ℳ, für die Landherrenschaften 39 000 ℳ und für die bauliche Fertigstellung und Einrichtung des Museums für Hamburgische Geschichte als erste Rate 1 000 000 ℳ bewilligt wird. Weiter beantragt der Ausschuß: Die Bürgerschaft ersucht den Senat, sich in der bevorstehenden Staatshaushaltsberatung bei den Artikeln der einzelnen Behörden durch besondere Sachverständige vertreten zu lassen.

Punkt 12 und 13 werden auf Antrag Winkler (DDP.) gemeinsam beraten. — Winkler (DDP.) als Berichterstatter des Haushaltsausschusses: Die Pensionierung des Direktors der Lombardverwaltung wird am 1. April noch nicht erfolgen. Ein Wort muß noch gesprochen werden über eine Erklärung des Beamtenausschusses der Lombardverwaltung, die von fadenscheinigen Gründen spricht. Die Form des Protestes muß ich entschieden zurückweisen. — Aus dem Antrage des Ausschusses, daß zu jedem Posten des Haushalts sachverständige Vertreter der Behörden erscheinen mögen, wird hoffentlich ein großer Nutzen für die parlamentarische Arbeit entspringen. — Dr. Nagel (DNP.): Der Beamtenausschuß hätte wenigstens vorher gehört werden müssen. Ich beantrage Zurückverweisung des ersten Berichts, betreffend Zusammenlegung der Lombardverwaltung mit dem Gerichtsvollzieheramt, an den Ausschuß. — Winkler (DDP.): Bei aufmerksamer Lektüre des Berichts ist es ganz ausgeschlossen, irgendwelche Angriffe dagegen zu unternehmen. Bemerkt sei, daß allen Mitgliedern der Bericht vor der Veröffentlichung vorgelegen hat. — Durch Zurückziehen des ersten Antrages wird der Antrag Dr. Nagel gegenstandslos; die weiteren Anträge werden angenommen.

Punkt 15 wird auf Antrag Leuteritz vorweggenommen.

15. Einrichtung einer staatlichen Pressestelle.

Der Beschluß 1. Lesung lautet: Die Bürgerschaft erteilt dem Antrage des Senats ihre Genehmigung. — Dr. Nagel (DNP.) beantragt, den Antrag einem Ausschuß von 13 Personen zu überweisen. — Rose (DVP.) und Genossen beantragen für den Fall der Annahme des Senatsantrages: Die Bürgerschaft beauftragt den bestehenden Presseamtsausschuß mit der sofortigen Prüfung der Frage, ob und in welcher Weise durch Ausbau der Pressestelle den in wirtschaftspolitischer und kultureller Hinsicht von der Bürgerschaft geäußerten Wünschen Rechnung getragen werden kann und welche Mittel voraussichtlich dafür erforderlich sein werden.

Jacobsen (DNP.): Wir halten ein Presseamt noch immer nicht für notwendig. Die Groß-Hamburg-Frage ist auch bald geregelt, so daß deswegen das Amt nicht nötig ist. Protestieren muß ich gegen die Worte Herrn Platens, daß die Lügen der deutschnationalen „Kieler Neuesten Nachrichten“ von Hamburger Kreisen ausgegangen seien, die uns nahestehen. Ich erwarte, daß Herr Platen seine Behauptungen zurücknimmt. (Platen (DDP.): Ich erhalte sie aufrecht.)

Rose (DVP.): Wenn das Presseamt die Aufgaben erfüllen wird, die ihnen die Vertreter der Regierungsparteien zugewiesen haben, wird es auch den Deutschnationalen gefallen. Bei uns bestand die Befürchtung, daß bald der Pressemann durch einen Parteimann ersetzt wird. Herr Platen soll nicht immer die Partei angreifen, auf deren Mitarbeit man sehr oft Wert legt. Das bittere Brot der Opposition wird uns weiter sehr gut bekommen, so daß wir den Demokraten bei der nächsten Wahl wieder 10 Sitze abnehmen. Wir sind grundsätzlich für das Presseamt. Stimmen Sie unserm Antrag zu, dann werden wir auch dem Senatsantrag zustimmen. Dem Leiter der Pressestelle muß auch der direkte Verkehr mit dem Senat gegeben werden.

Platen (DDP.): Die Presse ist der Meinung, daß das Presseamt baldigst geschaffen wird. Herr Rose, Sie hätten in den 8 Tagen seit der letzten Sitzung ihren Rückzug mit etwas mehr Geschick antreten müssen. Meine Bemerkung über Stresemann habe ich zwar im Stenogramm gemildert, doch sehen Sie (nach rechts) darin keine Besserung meinerseits. Es kommt nun nicht darauf an, ob die „Kieler Neuesten Nachrichten“ ein unabhängiges Blatt sind, sondern auf die Gesinnung der Zeitung, und die ist in diesem Falle stramm deutschnational. Dieses Blatt, das mich einen gewissenlosen Ehrabschneider nennt, schreibt in einem Artikel vom 21. Oktober 1921 über die verkehrsreichsten Häfen: „Hamburg ist fast ganz tot“. Hamburg hatte bekanntlich im August einen Verkehr von mehr als 1 Million Registertons erzielt. Entweder haben die „Kieler Neuesten Nachrichten“ gelogen, oder es nicht besser gewußt. Eine Berichtigung ist auch bis heute nicht erfolgt. Damit ist die Lüge komplett. (An weiteren Zitaten der „Kieler Neuesten Nachrichten“ weist der Redner dann die Eigenart der Stellungnahme nach, die wahrer Aufbauarbeit entgegenstehen.) Wir sind uns klar darüber, daß nur mit Rücksicht auf die deutsche Gesamtwirtschaft eine Lösung des Groß-Hamburg-Problems möglich ist. (Bravo! bei den Demokraten.)

Perner (SD.): Wenn die deutsche Volkspartei schon vor acht Tagen dem Senatsantrag zugestimmt hätte, wäre eine zweite Lesung überflüssig gewesen. Wenn man grundsätzlich mit einem Antrag einverstanden ist, wie die Volkspartei, so stimmt man ihm zu, kann dann aber doch noch einen Ausschuß zur weiteren Prüfung beantragen. Nachdem die Pressestelle da ist, soll man sie erst einmal arbeiten lassen. Dem heutigen Antrag der Deutschen Volkspartei stimmen wir zu. Ueberflüssig sind die Sorgen, daß die Pressestelle nicht unabhängig sei. Der direkte Verkehr mit dem Senat ist durchaus möglich. Wir stehen am Anfang der Tätigkeit der Aufklärungsarbeit für die Groß-Hamburg-Frage. Die Einheitlichkeit der Hamburger Presse in dieser Frage ist ein Erfolg des in Aussicht genommenen Leiters des Presseamts, des Herrn Zinn. (Bravo!)

Auf Antrag Leuteritz tritt Schluß der Beratung ein. — Unter Ablehnung des Antrages Dr. Nagel und Annahme des Antrages Rose wird der Senatsantrag in zweiter Lesung bestätigt.

Darauf wird die Wahl des Präsidiums vorgenommen. Die Wahlen für Verwaltungsbehörden werden von der Tagesordnung abgesetzt.

2. Wahl des Vorstandes der Bürgerschaft

für das mit dem 5. März d. J. beginnende Geschäftsjahr. — Zum Präsidenten wird mit 134 von 137 abgegebenen Stimmen Roß (SD.) gewählt. 2 weiße Zettel sind abgegeben und einer ist ungültig.

Präsident Roß: Ich danke dem Hause für das mir erwiesene Vertrauen. Ich werde mich bemühen, das Vertrauen zu rechtfertigen. Es ist nicht immer eine ungemischte Freude, Präsident zu sein. Ich denke da an die vielen Wünsche, die an mich gerichtet werden und besonders die Tagesordnung angehen. Ich habe noch nicht das Verfahren gefunden, zwei wichtige Anträge zu gleicher Zeit verhandeln zu lassen. (Heiterkeit.) Wenn die Wogen der Erregung im Hause hoch gingen, habe ich mich bemüht, wie es meine Pflicht ist, beruhigend und ausgleichend zu wirken, und habe dabei wohl keinem Mitglied Böses getan. Ich habe bei diesem Bemühen die Unterstützung des größten Teiles des Hauses gefunden. Ich danke dem Hause nochmals für das mir erwiesene Vertrauen. (Lebhaftes Bravo! im ganzen Hause.)

Als 1. Vizepräsident wird Dr. Mantius (DVP.) mit 108 Stimmen gewählt. 23 weiße, 1 ungültiger und 1 Stimmzettel für Hirsch (DVP.) werden abgegeben.

Dr. Mantius (DVP.): Auch ich danke Ihnen für das mir erneut bewiesene Vertrauen, und bitte fernerhin um Ihre Unterstützung.

Zum 2. Vizepräsidenten wird Blinckmann (DDP.) mit 113 Stimmen gewählt. Weiter sind 1 ungültiger und 19 weiße Stimmzettel abgegeben worden.

Blinckmann (DDP.): In meiner Wiederwahl sehe auch ich das Vertrauen des Hauses, für das ich Ihnen danke. Ich werde in meiner Amtsführung bemühen, dessen würdig zu sein. (Bravo!)

Zu Schriftführern werden gewählt: Frings (SD.) mit 116, Huk (SD.) mit 112, Schumacher (DVP.) mit 63, Urbahns (Komm.) mit 63 Stimmen. Weiter hat erhalten Dr. Ridderhoff (DNP.) 27 Stimmen. Zersplittert sind 15 Stimmen. Die Gewählten nehmen die Wahl an.

Von Bunzel (DDP.) und Genossen wird beantragt: Die Bürgerschaft ersucht den Senat, bei der Reichsregierung umgehend dahin vorstellig zu werden, daß die Außenhandelsstellen entweder sofort aufgehoben werden oder, wenn dagegen zurzeit noch wichtige Bedenken bestehen, die Außenhandeskontrolle in einer für den Handel erträglichen Form gehandhabt werde.

Beit (DDP.): Wenn ein Land mehr importiert als exportiert, ergibt sich der Zustand, daß die Ausgaben größer und die Einnahmen kleiner werden. Diese passive Handelsbilanz besteht in Deutschland und bringt finanzielle Schlechterungen. Um zu einer aktiven Bilanz zu kommen, müssen wir unsern Export steigern. Von diesem volkswirtschaftlichen ABC scheint man in Berlin nichts zu wissen. Wir müssen aber alles Mögliche tun, den Export zu steigern. Denn nur so kann die erhöhte Produktion abgesetzt werden. Noch nicht ein Drittel des Exports von 1913 ist wiedergewonnen. Aber auch die Außenhandelsstellen erschweren den Export oder machen ihn unmöglich. Dagegen richtet sich unser Antrag. Der Senat wird wahrscheinlich alles getan haben, was in seiner Macht steht. Der Exporthandel kann nur seine Aufgabe erfüllen, wenn er Bewegungsfreiheit hat. Berlin will zu möglichst hohen Preisen wenig exportieren, der Kaufmann will das Umgekehrte erreichen. Das Einholen einer Ausfuhrerlaubnis ist so kostspielig und zeitraubend, daß das schon den Export lähmt. Sogar für Muster wird Ausfuhrerlaubnis verlangt. Elf Stellen können heutzutage gegen den Export irgendwelcher Waren Einspruch erheben. Ich habe vor mir eine Anzeige einer Außenhandelsstelle, die einen Abteilungsleiter sucht. Darin steht der Satz: „Besondere Vorkenntnisse nicht erforderlich.“ (Große Heiterkeit.) Leider stehen auch die Arbeitnehmer immer auf der Seite der Industrie und nehmen gegen den Handel Stellung. Der Grund liegt darin, daß die Industrie in diesen Stellen ausschlaggebenden Einfluß hat. Auch bestehen zwischen den einzelnen Stellen Meinungsverschiedenheiten über Waren, die ausfuhrfrei oder es nicht sind. Dazu kommt noch ein weiteres. Denn das Reich rechnet gar nicht mit der tief gesunkenen Moral der Menschen in Deutschland. Mir sagte ein Herr, daß in Berlin in diesen Stellen 50 % bestechlich sind. Schon wenn 10 % nicht ehrlich sind, läßt sich eine solche Stelle nicht halten. Unter der Umgehung der Gesetze machen in Deutschland Tausende Geschäfte und drücken den ehrlichen Kaufmann an die Wand. So werden Waren mit niedrigen Inlandspreisen auf unreelle Weise ins Ausland verschoben. (Urbahns (Kom.) ruft: Nur keinen Neid!) Herr Urbahns, ich will Ihnen mal etwas sagen, ich war in meiner Jugend auch mal sehr rot, aber grün war ich nie! Schallende Heiterkeit.) Wegen der Außenhandelsstellen setzen die großen Industrieverbände die Exportpreise hoch, geben aber dann den Käufern im Ausland nach Abnahme der Waren einen Bonus. Dann gibt es die große Zahl der Ausfuhrscheinfälscher. Von heute auf morgen sind diese Zustände nicht zu bessern. Eine Kontrolle muß sein, besonders für Lebensmittel. Aber die Industrieprodukte sollten ausfuhrfrei sein. Die bureaukratische Arbeit der Stellen und die vielfache Unkenntnis der Leiter, die gesunkene Moral, die hohen Kosten und die Lähmung des Handels erfordern das, was unser Antrag besagt. Wir müssen den Export wieder aufbauen, erheben aber die eine Forderung: Gebt den Außenhandel frei! (Bravo!)

Senator Dr. Stubmann: Der Senat ist zum ersten Male in der Lage, der Bürgerschaft über diese Frage Mitteilungen zu machen. Seit dem 8. September 1920 ist der Senat bemüht, den schädlichen Wirkungen der Außenhandelsstellen entgegenzutreten. Im April fand eine Konferenz im Wirtschaftsministerium statt, die sich ebenfalls mit dieser Frage zu beschäftigen hatte. Als Ergebnis ist zu buchen, daß die Freilisten um etwa 320 Nummern erweitert wurden. Um den Ausverkauf im April 1920 zu verhindern, wurde eine Verordnung erlassen, die infolge ihrer Ueberstürzung die Diktatur der Außenhandelsstellen begründete. Der Zentralpunkt unserer Außenhandelsgesetzgebung ist die Einzelgenehmigung, dem mehr Beachtung geschenkt werden muß. Der Senat erkennt die bureaukratische, sowie die das Geschäftsgeheimnis schädigende Seite der Praxis der Außenhandelsstellen an. Soweit es sich um unreelle Geschäfte handelt, die uns zur Kenntnis gekommen sind, wurden sie der Staatsanwaltschaft überwiesen. Die drei Hansestädte haben gemeinsam bei dem Reichsrat um Klärung der brennenden Fragen nachgesucht. In dem heutigen Abgabengesetz ist dem Standpunkt der Hansestädte entsprochen worden. Der Senat legt besonderen Wert darauf, die Einzelbewilligungen zu beseitigen. Es ist klar, daß durch die bestehende Außenhandelskontrolle Handel wie auch Eisenbahnwesen gelähmt werden. Auch für die Valuta bedeutet die Kontrolle ein Hindernis für die deutsche Wirtschaft. Wir können uns nicht verhehlen, daß durch die Außenhandelskontrolle gerade wirtschaftliche Fäden, die für die Gesundung Deutschlands notwendig sind, zerrissen werden. Der Senat erblickt in dem Antrage eine wirksame Unterstützung für sein Bestreben, von dem er nicht ablassen wird, zum Segen unserer deutschen Wirtschaft. (Bravo!)

Witthöft (DVP.): Wir begrüßen den Antrag mit einer gewissen Genugtuung. Die Außenhandelsstellen sind ein Rest der Zwangswirtschaft. Hamburgs Wohlergehen hängt von seinem Handel ab. Die Kriegsblockade hat schon große Wunden geschlagen. Weiteren Schaden richten Eisenbahnsperren und die Außenhandelsstellen an. Die langsame Erledigung, die Fakturierung in ausländischer Währung, die Preisprüfung und noch vieles andere machen die Außenhandelsstellen unmöglich. (Redner führt eine große Anzahl von Beispielen an, um die Wertlosigkeit und handelshemmende Tätigkeit der Außenhandelsstellen aufzuzeigen.) Das Exportabgabengesetz sieht vor, daß die Zollbehörden die Waren zu prüfen haben. Das wird zu unmöglichen Zuständen führen und sich zu einem Skandal auswachsen. Die Handelskammer hat sich auch gegen die Außenhandelsstellen gewandt. Auch habe ich mich im Reichswirtschaftsrat geweigert, mich gegen die Angriffe der „Hamburger Börsenhalle“ gegen die Außenhandelsstellen zu wenden. Jetzt will die Entente Einfluß auf diese Stellen haben. Wenn das geschieht, sind wir Matthäi am letzten. Wir kommen mit unsern Preisen in die Nähe der Weltmarktpreise. Dann haben wir alles aufzuwenden, um nicht im Handel ganz in Rückstand zu kommen. Auch die Industrie ist jetzt gegen die Außenhandelsstellen. Wir werden jetzt schon in vielen Waren von andern Ländern unterboten, so daß Aufträge nur spärlich eingehen. Es geht nicht, daß das Ausfuhrabgabengesetz Gesetz wird. Die Außenhandelsstellen müssen anders arbeiten, sofern sie bestehen bleiben.

Es wird Vertagung beschlossen. — Vizepräsident Mantius gibt bekannt, daß in der nächsten Woche die Sitzung bereits um 4 Uhr beginnt und in der darauffolgenden Woche zwei Sitzungen stattfinden. — Schluß 11 Uhr.

Der Verkauf der „Freiheit“-Druckerei.

SPD. Berlin, 1. März.

Der Verkauf der Berliner „Freiheit“-Druckerei hat zu einer lebhaften Auseinandersetzung zwischen der „Roten Fahne“ und dem unabhängigen Blatt geführt. Die „Rote Fahne“ hatte vor einigen Tagen einen Bericht aus einer Betriebsversammlung der „Freiheit“-Belegschaft abgedruckt, in dem schwere Beschuldigungen gegen die Betriebsleitung der „Freiheit“-Druckerei, gegen die Verlagsgenossenschaft und den Bezirksverband Berlin-Brandenburg der USPD. erhoben wurden. Die „Freiheit“ erwiderte darauf mit einer Erklärung, die erkennen ließ, daß die „Rote Fahne“ übertrieben habe. In ihrer Mittwoch-Abendausgabe macht nun die „Rote Fahne“ weitere Mitteilungen über den Verkauf der „Freiheit“-Druckerei. Von allgemeinem Interesse ist die Behauptung, „daß durch Vermittlung einer deutschen Bank das Anwesen der „Freiheit“ an die Public Bank, Chikago, verkauft worden sei“. Der Verkauf eines deutschen Unternehmens, das von Arbeitern gegründet und erhalten wurde, an eine ausländische Bank mutet uns recht seltsam an. Man kann mit Recht gespannt darauf sein, was die unabhängige Partei zu den neuen Anschuldigungen der „Roten Fahne“ zu sagen hat.

Beschlüsse des Wilnaer Landtages.

In der Sitzung des Wilnaer Landtages wurden nachstehende vier Entschließungen angenommen: 1. Der Landtag ermächtigt die Regierungskommission, bis zur Uebernahme der Regierung durch polnische Behörden das Wilnaer Gebiet zu verwalten. 2. Im Hinblick darauf, daß die Bevölkerung der neutralen Zone, die vom Völkerbund gebildet wurde, sich für die Zugehörigkeit zu Polen erklärte, überläßt der Wilnaer Landtag die Vertretung der polnischen Regierung. 3. Der Wilnaer Landtag betraut die polnische Regierung mit den Schutzmaßnahmen für die politischen Gefangenen polnischer Nationalität, die in Kowno eingekerkert sind. 4. In der Minderheitsfrage wird dem Warschauer Landtag und der polnischen Regierung angetragen, sich für den Schutz der polnischen Minderheit in Kowno und Litauen einzusetzen.

Verbote im besetzten Rheinland. Die interalliierte Rheinlandkommission verbot die Wochenschrift „Rheinischer Beobachter“, herausgegeben in Berlin, auf 3 Monate im besetzten rheinischen Gebiet. Außerdem verbot die Rheinlandkommission den Vertrieb des Buches „Schrecknisse der französischen Fremdenlegion“, herausgegeben von Hermann Scharfenstein, Köln, für das besetzte Gebiet.

Sowjet-Rußland in Genua. Der italienische Außenminister teilte dem russischen Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten telegraphisch mit, daß die Sowjetdelegation auf der Konferenz von Genua dieselben Rechte genießen werde, wie alle übrigen Abordnungen.

**Die